

„Kritiker sind nicht auszuschalten!“

Für die Bürgerinitiative Kreiskrankenhaus signalisiert die Vorsitzende, Anke Kieser, die Bereitschaft zum Dialog

Interview von Steffen Adler

Wolgast. Auf die jüngsten öffentlichen Äußerungen von Dr. Thorsten Wygold aus der Chefetage des Kreiskrankenhauses Wolgast gab es ein zumeist kritisches Echo aus den Reihen der Bürgerinitiative. Die OSTSEE-ZEITUNG sprach darüber mit ihrer Vorsitzenden, Anke Kieser.

OZ: Dr. Wygold hat Sie und die Bürgerinitiative (BI) eingeladen, künftig zusammenzuarbeiten. Was halten Sie davon?

Anke Kieser: Die öffentliche Einladung in der OZ vom 22. Juli war eine Reaktion auf das geplätzte Treffen zwischen der BI und der Klinik-Geschäftsleitung. Dr. Wygold war nur mit mir persönlich Gesprächsbereit. Die BI hatte die Zusammenarbeit vorgeschlagen, daraufhin schaltete sich die Unimedizin ein und hat den Termin in Wolgast vermittelt. Ich persönlich und die BI waren und sind für eine konstruktive Zusammenarbeit offen.

OZ: Zugleich fordert Wygold aber zunächst einen gewissen „Kehraus“. Wie stehen Sie dazu?

Kieser: In unserer BI gibt es Mitglieder, die aufgrund langjähriger Mitarbeit im Krankenhaus Erfahrungen und Kenntnisse haben, und genau diese Mitglieder sind unerwünscht. Wenn man aber Kennzahlen analysiert, muss man wissen, dass die Bettenauslastung und Verweildauer für die Erlössituation nebensächlich sind, und die Fallschwere für Gewinn oder Verlust entscheidend ist. Kritiker sind nicht auszuschalten, sondern gemeinsam müssen wir nach konstruktiven Lösungen suchen.

OZ: Sehen auch Sie angesichts der neuesten wirtschaftlichen Zahlen den guten Ruf des Kreiskrankenhauses in Wolgast nun wiederhergestellt?



Anke Kieser, Chefin der Bürgerinitiative Kreiskrankenhaus, an ihrem Arbeitsplatz. Für die Initiative bestätigt sie – wie zuvor Wygold für die Klinik – Gesprächsbereitschaft. Wer vermittelt? Foto: Steffen Adler

Kieser: Der gute Ruf von Ärzten und Pflegepersonal wurde nie beschädigt. Schaden hatte der Ruf der Geschäftsleitung, verbunden mit einem Vertrauensverlust in die Politik unserer Landesregierung von SPD und CDU, genommen.

OZ: Was sagen Sie dazu, dass es gelungen ist, das bestehende Defizit der Klinik auf unter eine Million Euro zu drücken?

Kieser: Im Zeitungsbericht ist von einem Zwischenerfolg die Rede. Der wurde erreicht, obwohl die Abteilungen Kinder- und Jugendmedizin sowie Frauenheilkunde und Geburtshilfe im Jahr 2015 noch bestan-

den haben. Außerdem wurde das Tafelsilber (Teilgrundstücke) erfolgswirksam verkauft. Auch haben medizinisches und Pflegepersonal durch Gehaltsverzicht zur Reduzierung der Verluste beigetragen. Das muss alles mit gesehen werden.

OZ: Sie sprechen als BI noch immer von falschen Zahlen, etwa zur Bevölkerungsentwicklung und bei den Patienten, die offiziell verwendet würden. Worauf stützen Sie sich dabei eigentlich?

Kieser: Unsere Volksinitiative hat dem Landtag umfangreiche Argumente geliefert. Wir konnten die

Phrasen „demografischer Wandel“, „Personalmangel“ und „Patientenrückgang“ widerlegen. Wir haben schon lange keinen Geburtenrückgang mehr in unserer Region, wir haben einen Zuwachs an Kindern und Jugendlichen im Alter bis 18 Jahre. Und es verbringen mehr als eine Million Bürger aus dem gesamten Bundesgebiet ihren Urlaub in unserer Region – Tendenz: steigend! Die Bevölkerungsstatistik wird durch die Landesregierung in Auftrag gegeben und auf dem Regierungsportal unter dem Link (SIS) veröffentlicht. Nur konnten die SPD- und CDU-Landtagsabgeordneten im Sozialaus-

schuss die Statistiken bis zur Anhörung nicht, ignorierten die Zahlen bei ihrer Entscheidung zur Volksinitiative.

OZ: Wo sehen Sie noch Potenzial und die Ziele der BI angesichts der aktuellen Ist-Bedingungen am Krankenhaus und in der Uni-Medizin?

Kieser: Das Ziel der BI war der Erhalt bzw. die Wiedereröffnung der betroffenen Abteilungen. Nach dem Scheitern der Volksinitiative hat die BI festgestellt, dass unsere Arbeit aber nicht umsonst war. Wir haben es geschafft, dass das Thema öffentlich und auch überregional bekannt wurde. Nun ist es unsere Aufgabe, sich dafür einzusetzen, dass Frauen, Mütter und Kinder in angemessener Zeit im Notfall versorgt werden können. Denkbar wäre sogar die Einrichtung eines Notfall-Kreislaues oder die Wiedereröffnung einer „kleinen“ Kinderstation, wie im vorliegenden Gutachten des Beraters des Krankenhauses vorgeschlagen.

OZ: Wie sehen Sie persönlich die medizinische Versorgung im Bereich Usedom/Wolgast?

Kieser: Es gibt nach der Entscheidung des Sozialministeriums im Dezember 2015 bis heute im medizinischen Versorgungsbereich der Insel Usedom und der Stadt Wolgast sowie dem Umland keinen kinderärztlichen und keinen Schwangerschafts-Notdienst. Die Strukturen der funktionstüchtigen Abteilungen in Wolgast wurden zerstört, was zur Folge hatte, dass Fachkräfte für unsere Regionen verloren gingen. Hätte man vor der Schließung das Personal in die Strukturveränderungen einbezogen, stünden wir heute nicht vor diesem Problem. Die niedergelassenen Kinderärzte beklagen eine Zunahme schwerer verlaufender Krankheitsfälle, wegen hinausgezögerter Arztbesuche zumeist an Wochenenden und an Feiertagen.